

Selbsthilfe beim Gedenken

Sächsische Arbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit NS-Zeit stößt auf Hürden

In Sachsen haben Vereine und Initiativen, die an die NS-Zeit erinnern, eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Deren Wirken stößt zunächst auch auf Hindernisse.

Von Hendrik Lasch

Es ist eine sehr grundlegende Frage: Wozu erinnern? Oder, etwas anders formuliert: Was ging verloren, wenn es keine Erinnerungsarbeit gäbe – gerade mit Blick auf die NS-Zeit? Gute Antworten sind wichtig; schließlich fordern Politiker der AfD das Ende eines angeblichen »Schuld-kults« oder drängen, wie Thüringens Landeschef Björn Höcke bei seiner berüchtigten Rede Anfang 2017 im Dresdner Ballhaus Watzke, auf eine erinnerungspolitische »Wende um 180 Grad«. Für Initiativen und Vereine, die das Gedenken an die NS-Verbrechen wachhalten, sind derlei »Angriffe auf die Erinnerung« Anlass, sich ihrer Arbeit zu vergewissern – zum Beispiel bei einer Tagung am nächsten Montag im Festspielhaus Hellerau. Der etwas nüchterne Titel: »Demokratische Erinnerungspolitik heute«.

Als Mitveranstalter der Tagung tritt erstmals eine »Sächsische Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« (sLAG) öffentlich in Erscheinung. Sie wurde im September 2018 gegründet – als Reaktion auf zunehmenden Rechtspopulismus, aber auch auf Defizite in der sächsischen Erinnerungspolitik. Gerade Initiativen und Projektgruppen, die zu NS-Verbrechen forschten oder Erinnerungsorte etwa in frühen Konzentrationslagern aufbauen wollen, fühlen sich seit Jahren von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten nicht genügend unterstützt. Die sLAG verstehe sich angesichts dessen als »Projekt zur Selbsthilfe«, sagt Uwe Hirschfeld. Der Politikwissenschaftler, der an der Evangelischen Hochschule Dresden lehrt, ist einer der vier Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, in der mittlerweile gut 30 Institutionen mitwirken. Das Spektrum reicht vom Kulturbüro Dresden über den Treibhaus e.V. Döbeln und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit bis zur Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig und dem Kultur- und Bildungszentrum AKuBiz Pirna. Auch etwa 30 Einzelpersonen sind Mitglied.



Ehemalige Zwangsarbeiter an der Gedenkstätte in Leipzig

Foto: dpa

Ein wichtiges Arbeitsfeld der sLAG soll die gegenseitige Beratung zu Fördermöglichkeiten und die Unterstützung beim Formulieren von Anträgen sein. In Sachsen gibt es seit Jahren ein Ungleichgewicht bei der Förderung von Erinnerungsprojekten zur Zeit vor und nach 1945. Nachdem die Grünen bereits 2016 auf diesen Missstand hingewiesen hatten, ergab eine Anfrage der LINKEN für 2018, dass 75 Prozent der Projektmittel für Projekte zur SBZ- und DDR-Zeit vergeben wurden und nur 25 Prozent für solche zur NS-Zeit. Die Stiftung zieht sich auf die Position zurück, es würden nicht genügend Anträge gestellt; sie hilft den kleinen, ehrenamtlichen Initiativen dabei aber auch kaum. Die sLAG soll diese Lücke füllen: »Wir wollen eine »Servicestelle« sein, die Wissen und Kontakte untereinander vermittelt und hilft, Fördermöglichkeiten zu erschließen«, sagt Hirschfeld.

Die Hoffnung, das dies tatsächlich in einem eigenen »Servicebüro« mit einem oder zwei fest angestellten Mitarbeitern geschehen kann, hat sich aber vorerst zerschlagen. Für die Verlässlichkeit und Qualität der Beratungen wäre das erstrebenswert, sagt Hirschfeld. Dazu erforderliche Mittel in sechsstelliger Höhe hatte die LAG

zum einen bei der Gedenkstättenstiftung beantragt; das Ansinnen wurde dort aber vom Stiftungsrat zunächst abgelehnt. Auch ein Antrag beim Programm »Weltoffenes Sachsen« blieb dem Vernehmen nach bislang ohne Erfolg. Die LAG will sich um weitere Fördermöglichkeiten bemühen, sagt Hirschfeld. Auch in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten gibt es weiterhin Fürsprecher für die sLAG. Dort wie in der Landespolitik sieht mancher in deren Gründung allerdings auch den Versuch, eine Art »Konkurrenzveranstaltung« zu etablieren. Hirschfeld widerspricht entschieden: »Das ist nicht unser Selbstverständnis.« Die Arbeitsgemeinschaft verstehe ihre Arbeit als »Ergänzung« zu jener der Stiftung; sie könne Aufgaben übernehmen, für die man dort bisher offenkundig nicht die Kapazitäten habe.

Gleichwohl wollen die sLAG und ihre Mitglieder den sächsischen Kurs in der Erinnerungspolitik und dessen Umsetzung in der Stiftung auch kritisch begleiten. Um die Ausrichtung des Gedenkens hatte es in Sachsen jahrelang Streit gegeben; maßgebliche Verbände wie der Zentralrat der Juden und der VVN hatten sich zeitweise ganz aus der Stiftung zurückgezogen. Auslöser war das Gedenk-

stättengesetz von 2003, dem vorgeworfen wurde, NS-Verbrechen und DDR-Unrecht auf eine Stufe zu stellen und Erstere so zu relativieren. Erst 2012 wurde der Streit durch eine Novelle des Gesetzes beigelegt. Seither sorgt die Erinnerungspolitik in Sachsen überregional kaum noch für Aufsehen. Im Freistaat selbst gibt es aber weiter viel Unzufriedenheit. Vereine und Initiativen fühlen sich in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit durch die Stiftung ausgebremst und klagen insbesondere über ein schwieriges Verhältnis zu deren Geschäftsführer, der aber noch bis mindestens Ende 2021 im Amt ist. Mancher setzt Hoffnungen auf eine seit 2017 laufende Evaluation der Stiftung. Der Abschlussbericht soll Ende Mai im Stiftungsrat abschließend beraten werden. Allerdings endet kurz danach die Legislatur; im September wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Zu befürchten steht ein deutliches Erstarken der AfD und womöglich sogar eine erste Regierungsbeteiligung der Rechtspopulisten. Was das für die sächsische Erinnerungspolitik bedeuten würde, ist eine Frage, die auch jenseits der am nächsten Montag in Hellerau stattfindenden Konferenz noch für viele Diskussionen sorgen dürfte.